

# **Landesparteitag**

# **DIE LINKE.NRW**

**03. bis 05.12.2021**

**Bielefeld**

## **Heft 2**

## **Anträge**

## 1. Anträge zum Ablauf des Parteitages

Antragsnummer: 2.1.	AS: KV Wesel und Delegierte Wesel	Thema: Absetzung TOP Abwahl
angenommen	abgelehnt	

Antragsteller:in: DIE LINKE. Kreisvorstand Wesel und Delegierte: Louisa Zühlke, Jasmin Waldes, Sidney Lewandowski, Sascha H. Wagner

### Antrag zur Geschäftsordnung

#### hier: Änderung der Tagesordnung | Absetzung des TOPs Abwahanträge von Landesvorstandsmitgliedern

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die beiden Anträge zur Abwahl von Landesvorstandsmitgliedern sind abzusetzen bzw. an den nächsten Präsenzparteitag zu überweisen.

#### Begründung:

Bisher liegt den Delegierten kein erneuter Tagesordnungsvorschlag im Sinne der Geschäftsordnung durch den Landesvorstand vor.

Abwahanträge haben im Sinne der Wahlordnung als geheime Wahl stattzufinden und wären unter dem TOP 8 einzuordnen und zu befassen.

Die Abwahl von Landesvorstandsmitgliedern würde eine Aussprache und geordnete Debatte erfordern. Dies ist im Rahmen eines digitalen Parteitages derzeit nicht zu gewährleisten. Die Tagesordnung und die Antragslage ist jetzt schon dermaßen ambitioniert, dass die Gefahr besteht das ein Landtagswahlprogramm nicht ordentlich zu einer Beschlussfassung überführt werden kann.

Zudem hat der Landesvorstand es bisher versäumt den Delegierten einen gangbaren Vorschlag zum Umgang mit einem Abwahlverfahren zu unterbreiten. Dieses schwerwiegende Versäumnis ist zwar Ausdruck der schwierigen Gemengelage in dem der Landesverband sich politisch befindet, kann jedoch nicht die Grundlage für Personalausinandersetzungen sein. Theoretisch kann zwar die Abwahl „geheim“ durch das Parteitagstool stattfinden, jedoch wäre auch eine Abwahl wie ein normaler Wahlgang per Briefwahl zu bestätigen.

Da für den Landesvorstand jedoch unter TOP 8 Neuwahlen von erweiterten Landesvorstandsmitgliedern angesetzt sind, bestünde die Möglichkeit, dass es bei der Auszählung zwischen Online-Abstimmung und Briefwahlverfahren zu erheblichen Abweichungen kommen kann. Demzufolge wären dann die Wahlen von nachgewählten Landesvorstandsmitgliedern ungültig, da die Größe des Landesvorstands laut Parteitagsbeschluss, aber derzeit auf 25 Mitglieder begrenzt ist.

Kreis Wesel, den 17.11.2021

Antragsnummer: 2.2.	AS: SL	Thema: Absetzung TOP Abwahl
angenommen	abgelehnt	

**Für die Einheit des Landesverbands und einen erfolgreichen Landtagswahlkampf:  
Den TOP „Abwahl von Landesvorstandsmitgliedern“ aus der Tagesordnung streichen!**

Zum Landesparteitag liegen zwei Anträge zur Abwahl von Mitgliedern des Landesvorstands vor.

Der Landesparteitag möge beschließen:

*Der Tagesordnungspunkt „Abwahl von Landesvorstandsmitgliedern“ wird ersatzlos aus der Tagesordnung gestrichen.*

Begründung:

§ 33 Bundes- und Landessatzung sehen die Abwahl von Parteiämtern als legitimes Instrument innerparteilicher Demokratie.

Insofern sind Aussagen, bei diesen Anträgen handle es sich um Abstrafungs- oder Einschüchterungsversuche, entschieden zurückzuweisen.

Ungeachtet dessen kommt es aber darauf an, die Instrumente unserer Satzungen sinnvoll im Interesse unserer Partei, d.h. unserer gemeinsamen politischen Zielsetzung, einzusetzen.

Es gibt sicher für einige Delegierte nachvollziehbare Gründe für die vorliegenden Abwahlanträge.

Aber in der akuten Situation unserer Partei würde allein schon die Befassung dieses Tagesordnungspunktes – egal, wie die Abstimmungen ausgehen – nach innen und außen das falsche Signal senden: ein Signal von fortdauernder Spaltung und allenfalls eingeschränkter Handlungsfähigkeit.

Was aber von diesem Landesparteitag ausgehen muss, ist ein klares Signal für die Einheit des Landesverbands und einen engagierten Landtagswahlkampf, damit die Lohnabhängigen und gesellschaftlich Ausgegrenzten endlich wieder über eine deutlich wahrnehmbare Stimme im Landtag und in der landespolitischen Öffentlichkeit verfügen!

Antragsnummer: 8.1.	AS: F. Laubenburg	Thema: Abwahl Helck
angenommen	abgelehnt	

Hiermit stelle ich gemäß §33 der Bundessatzung unserer Partei den Antrag an den Landesparteitag vom 3.-5.Dezember 2021, Tamara Helck aus dem Landesvorstand DIE LINKE.NRW abzuwählen.

Bitte, bestätige mir kurz den form- und fristgerechten Eingang dieses Antrags und beachte, dass dieser Tagesordnungspunkt explizit in die Tagesordnung des Landesparteitages aufgenommen werden muss. Es

bietet sich an, diesen Tagesordnungspunkt vor dem zur Nachwahl von Landesvorstandsmitgliedern anzusetzen.

Zur Begründung des Antrags verweise ich auf die Vorkommnisse bei der letzten Sitzung der LAG b&g und auf die Äußerungen von Tamara Helck auf ihrem öffentlich einsehbaren Facebook-Profil.

Teile mit bitte umgehend mit, falls weitere Erfordernisse an diesen Abwahantrag gebunden sein sollten.

Antragsnummer: 8.2.	AS: KV Heinsberg	Thema: Abwahl E. Bartelmus-Scholich
angenommen	abgelehnt	

KV Heinsberg

hiermit stellen wir gemäß §33 der Bundessatzung unserer Partei den Antrag an den Landesparteitag (03. bis 05. Dezember 2021), Edith Bartelmus-Scholich aus dem Landesvorstand DIE LINKE. NRW abzuwählen.

Zur Begründung des Antrags verweisen wir auf die Äußerungen von Edith Bartelmus-Scholich auf ihrem öffentlich einsehbaren Social-Media-Profilen. In diesen Medien hetzte Sie unentwegt gegen unsere Spitzenkandidatin zur Landtagswahl. Edith Bartelmus-Scholich hat mit diesem Vorgehen erheblich gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei verstoßen und ihr damit Schaden zugefügt.

Bitte bestätige uns den form- und fristgerechten Eingang dieses Antrags und beachte, dass dieser Tagesordnungspunkt explizit in die Tagesordnung des Landesparteitages aufgenommen werden muss. Es bietet sich an, diesen Tagesordnungspunkt vor dem zur Nachwahl von Landesvorstandsmitgliedern anzusetzen.

Teile uns bitte umgehend mit, falls weitere Erfordernisse an diesen Abwahantrag gebunden sein sollten.

Antragsnummer: 2.3.	AS: KV Solingen/Remscheid	Thema: Wahlkampagne
angenommen	abgelehnt	

Antrag zur Tagesordnung an den Landesparteitag  
KV Remscheid/Solingen

TOP Wahlkampagne Landtagswahl 2022

Der Tagesordnungspunkt 9 „Konsequenzen aus dem Bundestagswahlergebnis für die Landtagswahlen“ wird durch den neuen Tagesordnungspunkt „Wahlkampagne Landtagswahl 2022“ ersetzt. Für diesen werden vier Stunden eingeplant.

Die neue Tagesordnung sieht dementsprechend wie folgt aus:

...

Sonnabend, 04.12.2021

8. Nachwahlen zum Landesvorstand 9.30 Uhr

9. Wahlkampagne Landtagswahl 2022 11.00 Uhr

Mittagspause 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr

Fortsetzung TOP 9

10. Landtagswahlprogramm 16.00 Uhr

- Erläuterung und Diskussion über das Verfahren
- Einbringung des Entwurfes
- Verkürzte Generaldebatte

...

Der neue TOP 9 beginnt mit einem ca. 20-minütigen Input von N.N. (einer Kampagnenexpertin/einem Kampagnenexperten aus unserer Partei oder unserem Umfeld) zu den Grundlagen einer Kampagne. Im Anschluss erläutert der Landesvorstand (vielleicht zusammen mit der beauftragten Agentur) ebenfalls ca. 20 Minuten die bisherige Planung der Wahlkampagne. Darauf folgt eine Diskussion zu den vorgestellten Inhalten und allgemeinen Gedanken zu unserer Wahlkampagne.

Nach der Pause gibt es eine Diskussion zu der/den Kernaussagen, die wir mit unserer Kampagne vermitteln wollen.

Zuletzt werden unter TOP 9 noch die von uns gestellten Anträge „Einrichtung einer Begleitgruppe zur Wahlkampagne 2022“ und „Resolution zur Unterstützung durch die Bundespartei“ abgestimmt.

Begründung:

Nach der Bundestagswahl steht unsere Partei an einem kritischen Punkt. Die verschiedenen Gründe für das dramatische Ergebnis wurden bereits bei verschiedenen Veranstaltungen ausgiebig diskutiert. Die Aufarbeitung ist damit sicher noch nicht abgeschlossen, doch die bevorstehende Landtagswahl in NRW (neben Saarland, Schleswig-Holstein und Niedersachsen) sollte uns nun den Blick nach vorne richten lassen. Die Landtagswahlen 2022 sind eine Chance unsere Partei wieder als Kämpferin für soziale Gerechtigkeit darzustellen. Noch nie brauchte unsere Partei so sehr einen die Mitglieder einbindenden, uns selbst motivierenden und Sympathisant:innen mobilisierenden Wahlkampf.

Die Verantwortung einen solchen Wahlkampf zu organisieren, sollten wir nicht dem Landesvorstand alleine aufbürden. Wir alle müssen gemeinsam einen solchen Wahlkampf auf die Beine stellen. Antrag zur Tagesordnung an den Landesparteitag TOP Wahlkampagne Landtagswahl 2022 Antragsteller: Vorstände der Kreisverbände Solingen und Remscheid Der Tagesordnungspunkt 9 „Konsequenzen aus dem Bundestagswahlergebnis für die Landtagswahlen“ wird durch den neuen Tagesordnungspunkt „Wahlkampagne Landtagswahl 2022“ ersetzt. Für diesen werden vier Stunden eingeplant. Die neue Tagesordnung sieht dementsprechend wie folgt aus: ... Sonnabend, 04.12.2021 8. Nachwahlen zum Landesvorstand 9.30 Uhr 9. Wahlkampagne Landtagswahl 2022 11.00 Uhr Mittagspause 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr Fortsetzung TOP 9 10. Landtagswahlprogramm 16.00 Uhr - Erläuterung und Diskussion über das Verfahren - Einbringung des Entwurfes - Verkürzte Generaldebatte ... Der neue TOP 9 beginnt mit einem ca. 20-minütigen Input von N.N. (einer Kampagnenexpertin/einem Kampagnenexperten aus unserer Partei oder unserem Umfeld) zu den Grundlagen einer Kampagne. Im Anschluss erläutert der Landesvorstand (vielleicht zusammen mit der beauftragten Agentur) ebenfalls ca. 20 Minuten die bisherige Planung der Wahlkampagne. Darauf folgt eine Diskussion zu den vorgestellten Inhalten und allgemeinen Gedanken zu unserer Wahlkampagne. Nach der Pause gibt es eine Diskussion zu der/den Kernaussagen, die wir mit unserer Kampagne vermitteln wollen. Zuletzt werden unter TOP 9 noch die von uns gestellten Anträge „Einrichtung einer Begleitgruppe zur Wahlkampagne 2022“ und „Resolution zur Unterstützung durch die Bundespartei“ abgestimmt. Begründung: Nach der Bundestagswahl steht unsere Partei an einem kritischen Punkt. Die verschiedenen Gründe für das dramatische Ergebnis wurden bereits bei verschiedenen Veranstaltungen ausgiebig diskutiert. Die Aufarbeitung ist damit sicher noch nicht abgeschlossen, doch die bevorstehende Landtagswahl in NRW (neben Saarland, Schleswig-Holstein und Niedersachsen) sollte uns

nun den Blick nach vorne richten lassen. Die Landtagswahlen 2022 sind eine Chance unsere Partei wieder als Kämpferin für soziale Gerechtigkeit darzustellen. Noch nie brauchte unsere Partei so sehr einen die Mitglieder einbindenden, uns selbst motivierenden und Sympathisant:innen mobilisierenden Wahlkampf. Die Verantwortung einen solchen Wahlkampf zu organisieren, sollten wir nicht dem Landesvorstand alleine aufbürden. Wir alle müssen gemeinsam einen solchen Wahlkampf auf die Beine stellen.

## 2. Anträge mit vorwiegend gesellschaftlichem Bezug

Antragsnummer: 11.1.	AS: siehe Aufzählung	Thema: Militarisierung stoppen
angenommen	abgelehnt	

Antrag zum Landesparteitag DIE LINKE. NRW vom 3. bis 5. Dezember 2021

AntragstellerInnen: Sevim Dagdelen (MdB, KV Bochum), Horst Hohmeier (Vorsitzender Linksfraktion Bochum), Gültaze Aksevi (Vorsitzende Linksfraktion Bochum), Moritz Müller (Mitglied Linksfraktion Bochum), Mehriban Özdoğan (Mitglied Linksfraktion Bochum), Mehtap Yildirim (Mitglied Linksfraktion Bochum), Martin Hantke (KV Bochum), Amid Rabieh (Sprecher KV Bochum) und der KV Bochum.

UnterzeichnerInnen: Falk vom Dorff (Sprecher KV Neuss), Katja Niedziela, Tamara Helck (Landesvorstand NRW), Alexander Neu, Dirk Jakob (Geschäftsführer KV Siegen-Wittgenstein), Kathrin Vogler (MdB), Isabelle Casel (KV Rhein-Berg, Sprecherin BAG FIP), Michael Pusch

### **Militarisierung stoppen – Nein zur NATO in Bochum und anderswo**

Die NATO plant, ihre Zentrale für Cyberkriege auf dem ehemaligen Opel-Gelände in Bochum anzusiedeln. Die „Communications and Information Agency“, kurz NCIA, spielt eine zentrale Rolle bei der vernetzten Kriegsführung, bei Einsätzen von Killerdrohnen und Cyberangriffen. Neben Land, Luft, See und Weltall gilt der Cyberspace für die NATO schon seit einigen Jahren als fünfter Operationsraum. Cyberattacken können sogar den NATO-Bündnisfall auslösen.

Auch für die Bundeswehr geht es bei „Cybersicherheit“ längst nicht mehr nur um „Verteidigung“, sondern ganz konkret auch um den Aufbau von Offensivkapazitäten. Die Entwicklung und Durchführung Offensiver Militärischer Cyber-Operationen (OMCO) entzieht sich der demokratischen Kontrolle, löst neue Rüstungswettläufe aus und gefährdet die globale Sicherheit. DIE LINKE.NRW setzt sich entschieden gegen die Militarisierung des Cyber- und Informationsraums ein. Die Ansiedlung einer NATO-Agentur lehnen wir ab, in Bochum und anderswo.

Militärische Kommunikations- und Informationssysteme sind im Kriegsfall bevorzugte Ziele für Raketenangriffe und Bombardements. Durch die Ansiedlung der NATO-Cyberkriegsagentur in Bochum droht das Ruhrgebiet zum herausgehobenen Angriffsziel zu werden. Es darf nicht sein, dass mit der Sicherheit von Millionen Bürgerinnen und Bürgern gespielt wird. DIE LINKE.NRW lehnt eine weitere Militarisierung des Ruhrgebiets ab.

Befürworter der Ansiedlung der NATO-Agentur argumentieren mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Stärkung des Wissenschaftsstandorts Bochum für IT-Sicherheit. DIE LINKE.NRW setzt sich ein für die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Zukunft, nicht für den Krieg. Anstatt im Zuge des 2-Prozent-Ziels bei der NATO-Aufrüstung Abermilliarden in teures Kriegsgerät zu stecken, fordern wir Investitionen in soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Klimaschutz.

Eine Beteiligung der Ruhr-Universität Bochum an Forschung für den Krieg sowie die Verwendung militärischer Forschungsmittel lehnen wir ab. DIE LINKE.NRW fordert die Wiedereinführung der Zivilklausel

für Universitäten in Nordrhein-Westfalen. Wissenschaft und Hochschulen müssen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen.

Als Mitglied des Städtebündnisses „Mayors for Peace“ hat sich Bochum verpflichtet, einer weiteren Militarisierung entgegenzuwirken und sich für Abrüstung und Frieden einzusetzen. Die Eröffnung eines bis zu 2.000 Personen starken Planungszentrums für die aggressive Kriegsstrategie der NATO in der Stadt widerspricht dieser Friedensmaxime. DIE LINKE.NRW setzt sich für eine sozialverträgliche Konversion der deutschen Rüstungsindustrie im Ruhr-Gebiet, in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland ein. DIE LINKE.NRW bekräftigt ihre Forderung nach einem generellen gesetzlichen Verbot von Waffenexporten.

Antragsnummer: 11.1.1.	AS: KV	Thema: Änderungsantrag
angenommen	abgelehnt	

Antragsteller: Kreisverband Mettmann

**Antrag: Änderung „Militarisierung stoppen – Nein zur NATO in Bochum und anderswo“**

Alt:

Die NATO plant, ihre Zentrale für Cyberkriege auf dem ehemaligen Opel-Gelände in Bochum anzusiedeln. Die „Communications and Information Agency“, kurz NCIA, spielt eine zentrale Rolle bei der vernetzten Kriegsführung, bei Einsätzen von Killerdrohnen und Cyberangriffen. Neben Land, Luft, See und Weltall gilt der Cyberspace für die NATO schon seit einigen Jahren als fünfter Operationsraum. Cyberattacken können sogar den NATO-Bündnisfall auslösen. Auch für die Bundeswehr geht es bei „Cybersicherheit“ längst nicht mehr nur um „Verteidigung“, sondern ganz konkret auch um den Aufbau von Offensivkapazitäten. Die Entwicklung und Durchführung Offensiver Militärischer Cyber-Operationen (OMCO) entzieht sich der demokratischen Kontrolle, löst neue Rüstungswettläufe aus und gefährdet die globale Sicherheit. DIE LINKE.NRW setzt sich entschieden gegen die Militarisierung des Cyber- und Informationsraums ein. Die Ansiedlung einer NATO-Agentur lehnen wir ab, in Bochum und anderswo. Militärische Kommunikations- und Informationssysteme sind im Kriegsfall bevorzugte Ziele für Raketenangriffe und Bombardements. Durch die Ansiedlung der NATO-Cyberkriegsagentur in Bochum droht das Ruhrgebiet zum herausgehobenen Angriffsziel zu werden. Es darf nicht sein, dass mit der Sicherheit von Millionen Bürgerinnen und Bürgern gespielt wird. DIE LINKE.NRW lehnt eine weitere Militarisierung des Ruhrgebiets ab. Befürworter der Ansiedlung der NATO-Agentur argumentieren mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Stärkung des Wissenschaftsstandorts Bochum für IT-Sicherheit. DIE LINKE.NRW setzt sich ein für die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Zukunft, nicht für den Krieg. Anstatt im Zuge des 2-Prozent-Ziels bei der NATO-Aufrüstung Abermilliarden in teures Kriegsgerät zu stecken, fordern wir Investitionen in soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Klimaschutz. Eine Beteiligung der Ruhr-Universität Bochum an Forschung für den Krieg sowie die Verwendung militärischer Forschungsmittel lehnen wir ab. DIE LINKE.NRW fordert die Wiedereinführung der Zivilklausel für Universitäten in Nordrhein-Westfalen. Wissenschaft und Hochschulen müssen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Als Mitglied des Städtebündnisses „Mayors for Peace“ hat sich Bochum verpflichtet, einer weiteren Militarisierung entgegenzuwirken und sich für Abrüstung und Frieden einzusetzen. Die Eröffnung eines bis zu 2.000 Personen starken Planungszentrums für die aggressive Kriegsstrategie der NATO in der Stadt widerspricht dieser Friedensmaxime. DIE LINKE.NRW setzt sich für eine sozialverträgliche Konversion der deutschen Rüstungsindustrie im Ruhrgebiet, in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland ein. DIE LINKE.NRW bekräftigt ihre Forderung nach einem generellen gesetzlichen Verbot von Waffenexporten

Neu:

Die NATO plant, ihre Zentrale für Cyberkriege auf dem ehemaligen Opel-Gelände in Bochum anzusiedeln. Die „Communications and Information Agency“, kurz NCIA, spielt eine zentrale Rolle bei der vernetzten Kriegsführung, bei Einsätzen von Killerdrohnen und Cyberangriffen. Neben Land, Luft, See und Weltall gilt der Cyberspace für die NATO schon seit einigen Jahren als fünfter Operationsraum. Cyberattacken können sogar den NATO-Bündnisfall auslösen. Auch für die Bundeswehr geht es bei „Cybersicherheit“ längst nicht mehr nur um „Verteidigung“, sondern ganz konkret auch um den Aufbau von Offensivkapazitäten. Die Entwicklung und Durchführung Offensiver Militärischer Cyber-Operationen (OMCO) entzieht sich der demokratischen Kontrolle, löst neue Rüstungswettläufe aus und gefährdet die globale Sicherheit. DIE LINKE.NRW setzt sich entschieden gegen die Militarisierung des Cyber- und Informationsraums ein. Die Ansiedlung einer NATO-Agentur lehnen wir ab, in Bochum und anderswo. Militärische Kommunikations- und Informationssysteme sind im Kriegsfall bevorzugte Ziele für Raketenangriffe und Bombardements. Durch die Ansiedlung der NATO Cyberkriegsagentur in Bochum droht das Ruhrgebiet zum herausgehobenen Angriffsziel zu werden. Es darf nicht sein, dass mit der Sicherheit von Millionen Bürgerinnen und Bürgern gespielt wird. DIE LINKE.NRW lehnt eine weitere Militarisierung des Ruhrgebiets ab. Befürworter der Ansiedlung der NATO-Agentur argumentieren mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Stärkung des Wissenschaftsstandorts Bochum für IT-Sicherheit. DIE LINKE.NRW setzt sich ein für die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Zukunft, nicht für den Krieg. Anstatt im Zuge des 2-Prozent-Ziels bei der NATO-Aufrüstung Abermilliarden in teures Kriegsgerät zu stecken, fordern wir Investitionen in soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Klimaschutz. Eine Beteiligung der Ruhr-Universität Bochum oder anderer Universitäten an Forschung für den Krieg sowie die Verwendung militärischer Forschungsmittel lehnen wir ab. DIE LINKE.NRW fordert die Wiedereinführung der Zivilklausel für Universitäten in Nordrhein-Westfalen. Wissenschaft und Hochschulen müssen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Als Mitglied des Städtebündnisses „Mayors for Peace“ hat sich Bochum verpflichtet, einer weiteren Militarisierung entgegenzuwirken und sich für Abrüstung und Frieden einzusetzen. Die Eröffnung eines bis zu 2.000 Personen starken Planungszentrums für die aggressive Kriegsstrategie der NATO in der Stadt widerspricht dieser Friedensmaxime. DIE LINKE.NRW setzt sich für eine sozialverträgliche Konversion der deutschen Rüstungsindustrie im Ruhrgebiet, in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland ein. DIE LINKE.NRW bekräftigt ihre Forderung nach einem generellen gesetzlichen Verbot von Waffenexporten

Begründung:

Der Textteil der hier gestrichen werden soll lenkt von den Forderungen der LINKEN ab und nennt die Beweggründe der Standorterweiterung, die wir ebenfalls ablehnen.

Antragsnummer: 11.2.	AS:	Thema: Betriebsratswahlen
angenommen	abgelehnt	

**Antragsteller:innen: Hans Decruppe, Ulrike Eifler, Hauke Kuster, Beate Hane-Knoll, Onur Ocak, Christiane Tenbenschel, Nils Böhlke, Mehriban Özdoğan, Mirze Edis, Eva Maria Zimmermann**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Der Landesverband DIE LINKE. NRW ruft alle Mitglieder sowie die Kreisverbände in NRW auf, die im nächsten Jahr im Zeitraum 01. März bis 31. Mai stattfindenden regelmäßigen Betriebsratswahlen unter dem Motto

### **Linke in Betriebsräte – Betriebsräte in DIE LINKE**

aktiv zu unterstützen. Alle in betriebsratsfähigen Betrieben tätigen Mitglieder sind aufgefordert, sich für die betrieblichen Interessenvertretungen einzusetzen und nach ihren Möglichkeiten auf gewerkschaftlichen Listen für die Betriebsräte zu kandidieren.

2. Die Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft (LAG B&G NRW) wird gebeten, Mitgliedern, die sich in betrieblichen Interessenvertretungen engagieren wollen, Unterstützung und Qualifizierungsmaßnahmen, z.B. bei Grundkenntnissen zur Wahl und zur Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz, anzubieten.

3. Der Landesvorstand stellt für die erforderliche Mobilisierung und insbesondere Maßnahmen nach Ziffer 2 insgesamt 20.000 EUR zur Verfügung.

### **Begründung:**

Ebenso wie die kommunale Verankerung ist die Verankerung unserer Partei im Betrieb, d.h. bei den arbeitenden, abhängig beschäftigten Menschen, zentral für unser politisches Selbstverständnis als demokratisch-sozialistische Partei. Im Betrieb wird der gesellschaftliche Grundkonflikt zwischen Kapital und Arbeit konkret und real erfahrbar; sei es bei Arbeitskämpfen um bessere Tarife, sei es bei der betrieblichen Gestaltung der Arbeitsbedingungen, sei es bei der Abwehr von Entscheidungen der Kapitaleseite, die gegen die Arbeitnehmer:innen gerichtet sind, wie. z.B. Betriebsverlagerungen oder Massenentlassungen. Die Interessen der Beschäftigten und die gewerkschaftlichen Forderungen nach guter Arbeit, nach effektiver Mitbestimmung, Arbeitsschutz usw. sind angesichts der tiefgehenden gesellschaftlichen und ökonomischen Umbrüche durch Digitalisierung und Decarbonierung, aber auch durch die Corona-Folgen nur mit Hilfe durchsetzungsstarker, d.h. politisch bewusster und kompetenter Interessenvertretungen umsetzbar. DIE LINKE. NRW unterstützt daher die im nächsten Jahr anstehenden Betriebsratswahlen. Mitglieder, die nicht bereits ehrenamtlich durch Funktionen und Aufgaben in Partei, Kommunalpolitik oder Bewegungen gebunden sind, sind daher aufgerufen, sich in ihrem Betrieb für die betrieblichen Interessenvertretungen einzusetzen und selbst zu kandidieren. Damit dies erfolversprechend geschieht, ist dieses betriebliche Engagement durch die Kreisverbände und den Landesvorstand, dabei auch finanziell, zu unterstützen.

Antragsnummer: 11.3.	AS: siehe Aufzählung	Thema: Danke heißt mehr Gehalt
angenommen	abgelehnt	

Danke heißt mehr Gehalt:

DIE LINKE NRW unterstützt Landesbeschäftigte

Antragstellende: Christian Leye, Ulrike Eifler, Amid Rabieh, Jules El-Khatib,  
Christiane Tenbenschel, Lukas Schön, Katja Heyn

DIE LINKE NRW erklärt in den sich solidarisch mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst

der Länder. Indem die Arbeitgeber sich in den ersten Verhandlungsrunden geweigert haben, überhaupt ein Angebot vorzulegen, haben sie die Warnstreiks der vergangenen Wochen provoziert. NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper fordern wir auf, sich nicht weiter gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen in unserem Bundesland zu stellen. Gerade in der aktuellen Situation brauchen wir funktionierende Krankenhäuser, Schulen und Behörden mehr denn je.

Verantwortungsvolles Handeln in der Corona-Krise bedeutet, den Beschäftigten jetzt zeitnah ein gutes und faires Angebot vorzulegen.

Angesichts der aktuellen krassen Preissteigerungen sind die Forderung der Gewerkschaften mehr als angemessen: fünf Prozent mehr Gehalt bei einer Laufzeit von zwölf Monaten, mindestens aber 150 Euro mehr im Monat. Für die Beschäftigten des Gesundheitswesens muss es in dieser Tarifrunde ebenfalls heißen: Danke heißt mehr Gehalt! Um die Flucht zum Beispiel aus den Pflegeberufen zu stoppen, bedarf es bessere Arbeitsbedingungen, aber auch einer tabellenwirksamen Lohnerhöhung von monatlich 300 Euro. Die Ausbildungsvergütungen müssen aus sozialen Gründen um 100 Euro angehoben werden.

Dass die Landesregierungen ernsthaft versuchen, die Bezahlung bei Lehrerinnen und Lehrern zu drücken, indem bestimmte Arbeitsvorgänge wie Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben schlechter bezahlt werden sollen, obwohl sie zum Beruf unweigerlich dazugehören, ist ein Skandal! DIE LINKE NRW sagt Nein zu jeglichen Versuchen des Lohndumpings. Solche Trickereien schaden nicht nur den direkt betroffenen Beschäftigten, sondern durch eine Senkung der Binnennachfrage uns allen. Denn um aus der Krise zu kommen, brauchen wir mehr Kaufkraft, nicht weniger.

Es liegt in der Verantwortung der der NRW-Landesregierung und der anderen Mitglieder in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, weitere Streiks durch ein faires Angebot zu verhindern. Sollte die Blockade der Arbeitgeber die Beschäftigten jedoch zu weiteren Streik-Maßnahmen zwingen, ruft DIE LINKE NRW alle Menschen in unserem Bundesland dazu auf, ihren Ärger über die Einschränkungen gegenüber denen zu äußern, die hier bei uns mitverantwortlich für diese Blockadepolitik sind: Nämlich zu Ministerpräsident Hendrik Wüst, NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper und den anderen Mitgliedern der CDU-FDP Landesregierung.

Antragsnummer: 11.4.	AS: siehe Aufzählung	Thema: Opfer von Polizeigewalt
angenommen	abgelehnt	

Antragsteller: Amid Rabieh, Christian Leye, Foti Matentzoglou, Wiebke Köllner, Jules El-Khatib, Hans Decruppe, Jana Van Helden, Igor Gvozden, Frank Kemper, Lukas Schön, Katya Heyn, Sevim Dagdelen

Solidarität mit den Opfern von Polizeigewalt, Versammlungsgesetz NRW stoppen!

Der Landesparteitag möge beschließen:  
 DIE LINKE NRW wendet sich gegen den Versuch der Landesregierung, die Rechte von Demonstrierenden durch ein neues Versammlungsgesetz für Nordrhein-Westfalen empfindlich einzuschränken. DIE LINKE NRW unterstützt außerdem die Klage von Mitgliedern ihres Landesvorstands vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf gegen den brutalen und mutmaßlich rechtswidrigen Polizeieinsatz anlässlich der Demonstration „Versammlungsgesetz NRW stoppen – Grundrechte erhalten“ am 26. Juni 2021 in Düsseldorf.

Als Teil des Bündnisses gegen das geplante Versammlungsgesetz hat DIE LINKE NRW zu insgesamt drei Großdemonstrationen und zwei landesweiten Aktionswochen aufgerufen. Wir erklären uns solidarisch mit den von Polizeigewalt betroffenen und stehen an der Seite der Gewerkschaften, der Jugend- und Umweltverbände, Fußballfan-Initiativen und Bündnissen gegen Rechts. Gemeinsam mit ihnen fordern wir: Die Landesregierung muss diesen gefährlichen Irrweg beenden! Trotz massiver Kritik hält die NRW-Landesregierung bisher grundsätzlich an ihrem Gesetzesvorhaben fest. Allerdings hat sich Verabschiedung des Gesetzes bereits mehrfach verzögert: Wegen des gesellschaftlichen Drucks, herber Kritik von Expertinnen und Experten und verfassungsrechtlichen Bedenken hat die Landesregierung angekündigt, den Entwurf zu überarbeiten. Das ist ein Erfolg des breiten gesellschaftlichen Bündnisses, dessen Teil DIE LINKE NRW ist. Für uns ist allerdings klar: Durch Einzelkorrekturen ist der Entwurf nicht mehr zu retten. Das Gesetzgebungsverfahren muss unverzüglich für gescheitert erklärt und gestoppt werden.

DIE LINKE NRW setzt sich für ein modernes und freiheitliches Versammlungsgesetz ein, das die Grundrechte stärkt, das Gegenproteste in Sicht- und Hörweite ermöglicht, und das auch die Polizei zur Deeskalation, Kooperation und zum Konfliktmanagement verpflichtet. Ein neues Gesetz muss die Versammlungsfreiheit und die demokratische Teilhabe signifikant besser schützen als die bisher geltenden Regeln. Nur unter diesen Bedingungen ist die Verabschiedung eines Versammlungsgesetzes auf Landesebene legitim, das das bisher gültige Bundesgesetz in NRW ablöst.

Antragsnummer: 11.5.	AS: KV Duisburg	Thema: Kommunalfinanzen
angenommen	abgelehnt	

### **Kommunalfinanzen stärken**

#### **Der Landesparteitag DIE LINKE. NRW möge beschließen:**

Der Landesvorstand wird beauftragt, das Thema Kommunalfinanzen in der Landespartei stärker zu berücksichtigen und entsprechende Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

#### Die Umsetzung folgender konkreter Maßnahmen wird vorgeschlagen:

- Es wird eine Veranstaltung organisiert, in der über die Bedeutung und den zukünftigen Umgang mit dem Thema Kommunalfinanzen diskutiert wird.
- Der Landesvorstand unterstützt bei der Vernetzung und Schaffung von Strukturen, um einen besseren inhaltlichen Austausch zwischen den kommunalen Fraktionen in NRW zu etablieren. Die Gründung einer LAG Kommunalfinanzen könnte hierbei hilfreich sein.
- Der Landesvorstand ermittelt eine Person, die als Ansprechpartner\*in auf Landesebene für den Bereich Kommunalfinanzen fungiert.
- In den kommenden Wahlkämpfen wird das Thema Kommunalfinanzen stärker in den Fokus gerückt.
- Der Landesvorstand setzt sich dafür ein, dass Kommunalpolitik und Kommunalfinanzen in der Bundestagsfraktion und der Bundespartei einen höheren Stellenwert erhalten.
- Der Landesvorstand unterstützt den Aufbau von Kommunikations- und Informationskanälen gegenüber der Bundespartei und Bundestagsfraktion.

## **Begründung:**

Zunehmende Armut, abgehangene Stadtteile, hohe Kita-Gebühren, geschlossene Schwimmbäder, marode Schulen, kaputte Straßen – die jahrzehntelange neoliberale Spar- und Kürzungspolitik hat soziale Verwerfungen und einen hohen Investitionsstau in den Kommunen von NRW hervorgerufen. Ursache ist die seit Jahrzehnten andauernde chronische Unterfinanzierung der Kommunen. Die Verschuldung der NRW-Kommunen ist nach wie vor hoch. Allein die Kassenkredite belaufen sich auf mehr als 20 Milliarden Euro.

Neben dem hohen Sanierungsbedarf stehen die Kommunen in NRW vor weiteren vielfältigen Herausforderungen. Das Erreichen der Klimaneutralität, eine nachhaltige Verkehrswende oder die Digitalisierung der Städte sind nur mit einer angemessenen Finanzausstattung umsetzbar. Der sozial-ökologische Umbau der Städte und Gemeinden in NRW setzt starke Kommunalfinanzen voraus. Sie bilden die Grundlage für die Umsetzung linker Politik in den Kommunen.

Das Thema Kommunalfinanzen sollte daher in der Partei stärkere Berücksichtigung finden. Dazu werden in diesem Antrag verschiedene Vorschläge wie die Durchführung einer Veranstaltung, Vernetzungen der kommunalen Fraktionen, Ermittlung von Ansprechpartner\*innen auf NRW-Ebene und der Aufbau von Kommunikationskanälen gegenüber der Bundespartei und der Bundestagsfraktion gemacht.

Aufgabe der LINKEN muss es sein, dass für viele abstrakte und trockene Thema der Haushalts- und Finanzpolitik greifbar und verständlich darzustellen. Monatelange Wartezeiten auf Termine bei Ämtern, segregierte Stadtteile, Unterricht in Schulcontainern statt in modernen Schulen, Stillstand beim Klimaschutz oder die ausbleibende Verkehrswende sind eine direkte Folge der Unterfinanzierung der Kommunen. DIE LINKE muss die Zusammenhänge zwischen der Einschränkung öffentlicher Leistungen auf der einen und der durch die von Bundes- und Landespolitik verursachten Finanznot der Kommunen auf der anderen Seite verständlich aufzeigen und öffentlichkeitswirksam für eine angemessene Finanzausstattung kämpfen. Die Aufwertung des Politikfeldes Kommunalfinanzen innerhalb der Partei in NRW wäre ein erster Schritt in diese Richtung.

Antragsnummer: 11.6.	AS: KV Duisburg	Thema: Themen bündeln
angenommen	abgelehnt	

## **Wahlkampfthemen sinnvoll bündeln**

### **Sozial-ökologischer Wandel und Transformation der Wirtschaft sind kein Widerspruch**

#### **Der Landesparteitag DIE LINKE. NRW möge beschließen:**

Der Landesvorstand wird beauftragt, sozial- und umweltpolitische Themen zusammen zu denken. Maßnahmen gegen den Klimawandel, soziale Absicherung und Sicherheit sind mit einem sozial-ökologischen Wandel und der Transformation der Wirtschaft und dem Schutz von Industriearbeitsplätzen untrennbar verbunden.

#### Die Umsetzung folgender konkreter Maßnahmen wird vorgeschlagen:

- Im Industrieland NRW mit seinen energieintensiven Produktionsbetrieben wird das Thema Transformation eines der wahlentscheidenden Felder sein und muss hier auch als ein Wahlkampfthema herausgestellt werden

- Die bereits ausgearbeiteten Forderungen der Partei DIE LINKE zu grünem Wasserstoff in Verbindung mit z.B. einer Verstaatlichung von Schlüsselindustrien sind ein Alleinstellungsmerkmal der Linken.

**Begründung:**

In Duisburg ist die Stahlindustrie immer noch prägend und stellt viele Arbeitsplätze bereit. Den Belegschaften, den Gewerkschaften, den Betriebsräten und selbst immer größere Teile des Managements ist die Bedeutung des Klimaschutzes immer mehr bewusst. Auch unsere Wählerschaft denkt ökologischer. DIE LINKE nicht nur Duisburg hat hier immer klar gemacht, wie wir uns eine Transformation der Industrie vorstellen, die nicht zu Lasten der Belegschaften und nicht noch mehr Arbeitsplätze verloren gehen dürfen. Wir nehmen die sozialen Ängste der abhängig Beschäftigten ernst und setzen uns für die soziale Absicherung der Menschen ein. Allen Beteiligten ist aber mittlerweile klar, dass diese Transformation nur mit staatlicher Unterstützung und einer Energiewende möglich ist. Die Themen soziale Sicherheit, Arbeitskämpfe und Industriearbeitsplätze mit ökologischen Forderungen, die DIE LINKE hat, zu verbinden, ist kein Widerspruch, sondern offensichtlich und existentiell

### 3. Anträge mit überwiegendem Bezug zu den Landtagswahlen

Antragsnummer: 11.7.	AS: KV Duisburg	Thema: Attraktives Wahlprogramm
angenommen	abgelehnt	

#### Attraktives Wahlprogramm

#### Der Landesparteitag DIE LINKE. NRW möge beschließen:

Der Landesvorstand wird beauftragt, ein Wahlprogramm zu erstellen, welches auch optisch ansprechend ist und gut layoutet ist.

#### Die Umsetzung folgender konkreter Maßnahmen wird vorgeschlagen:

- Ein Langwahlprogramm mit mehr als hundert Seiten wird selten als „Textwüste“ gelesen. Der Landesverband möge ein Programm entwickeln, siehe z.B. „IKEA-Katalog“ als Designstudie von Podemos als Wahlprogramm, das optisch ansprechend ist. In diesem Programm sind die wichtigsten Forderungen in wenigen Kapiteln zusammen gefasst mit wenigen griffigen Formeln. Das Programm zeigt je nach Thema Menschen in Alltagssituationen, bringt einfache Beispiele und Lösungen und wirkt sehr sympathisch und die Forderungen attraktiv. Das Langwahlprogramm befindet sich dann zum detaillierten Nachlesen im Anhang.
- Eine professionelle Agentur o.ä. muss mit der Erstellung beauftragt werden.
- Ein Nebeneffekt ist es weiterhin, wenn die Bilder und Texte auch für Wahlprogramm-Websites und für den Social Media Wahlkampf dienen

#### Begründung:

In Duisburg haben wir immer erlebt, dass ansprechend aussehende Publikationen uns aus den Händen gerissen und nachgefragt werden, wie z.B. das Kurzwahlprogramm im Bundestagswahlkampf. Interessant wirkende Bilder verbunden mit einfachen Botschaften sprechen und ziehen die Menschen an und laden zum Lesen und Mitnehmen ein. DIE LINKE muss hier neue Wege gehen, denn eine „Textwüste“ von mehr als hundert Seiten wird nur selten nachgefragt.

Designbeispiel von Podemos als Vorschlag: <https://www.shz.de/deutschland-welt/politik/programm-als-ikea-katalog-so-kreativ-ist-wahlkampf-in-spanien-id13942462.html>

Antragsnummer: 11.8.	AS: KV Gütersloh u.a.	Thema: Abgaben
angenommen	abgelehnt	

**Antragsteller:** DIE LINKE. Kreisverband Gütersloh - Edith Bartelmus-Scholich, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. NRW, Delegierte zum Landesparteitag der LAG Tierschutz – Marc Mulia – Gabi Bieberstein

**Antragstext:**

1. Der Landesparteitag DIE LINKE. NRW beschließt, dass Abgeordnete des Landtages NRW, die über die Liste von DIE LINKE gewählt wurden, von dem durch Nebentätigkeiten erzielten Gewinn nach Steuern ab dem ersten Euro 50 % als Solidaritätsbeitrag an den Landesverband abzuführen haben. Ab einem Betrag von 60.000 € jährlich sind darüber hinaus gehende Gewinne nach Steuern zu 100 % abzuführen.
2. Der Vorstand DIE LINKE. NRW setzt sich dafür ein, dass Abgeordnete der DIE LINKE. im Bundestag von dem durch Nebentätigkeiten erzielten Gewinn nach Steuern ab dem ersten Euro 50 % als Solidaritätsbeitrag an den Landesverband abzuführen haben. Ab einem Betrag von 60.000 € jährlich sind darüber hinaus gehende Gewinne nach Steuern zu 100 % abzuführen.

Diese Beträge sollen zur Unterstützung der Landes- und Kreisverbände genutzt werden.

**Begründung:**

DIE LINKE fordert höhere Steuern für Reiche und eine Vermögensabgabe. Es liegt unserer Ansicht nach nahe, eine ähnliche Abgabe mit niedrigerer Schwelle auch von unseren eigenen Abgeordneten einzufordern. Das miserable Ergebnis der Bundestagswahl wird zu einer drastischen Verschlechterung der finanziellen Situation aller Gliederungen unserer Partei führen; daher soll hier bereits im Voraus finanziell Vorsorge getroffen werden. Immer wieder fällt auf, dass Abgeordnete der Partei DIE LINKE die Prominenz, die sie durch die Partei DIE LINKE erlangt haben, dazu nutzen Interviews zu geben, in Talk-Shows aufzutreten, Bücher herauszubringen und damit erhebliche Beträge in die eigene Tasche wirtschaften. Nicht zuletzt ist die Prominenz einzelner Politiker\*innen doch nur auf die unermüdliche Arbeit vieler ehrenamtlicher Genossen und Genossinnen zurückzuführen, die Plakate aufhängen, an Ständen stehen und für Gespräche mit Bürgern und Bürgerinnen kostenlos zur Verfügung stehen. Da sollte es nur selbstverständlich sein, dass entsprechende Beträge in die gemeinsame Kasse zurückfließen.

Uschi Kappeler, Michael Pusch, Camila Cirlini, Ludger Klein-Ridder, Margrit Dorn, Sonja Heitmann, Emanuel Zurbrüggen, Jonas Timmer  
Vorstand DIE LINKE Kreisverband Gütersloh

Antragsnummer: 11.9.	AS: KV E. Bartelmus-Scholich, M. Gincel-Reinhardt, M. Siehoff	Thema: Landesliste
angenommen	abgelehnt	

**BewegungsaktivistInnen auf die Landesliste zur Landtagswahl**

Der Parteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag richtet an die LandesvertreterInnenversammlung am 22.1.2022 folgenden Appell:

Wir wollen mit einer Liste von KandidatInnen antreten, die Erfahrung aus Betrieb und Gewerkschaft oder aus den sozialen Bewegungen mitbringen. Sie sollen als authentische Stimmen für ihre Kolleginnen oder für ihre MitstreiterInnen im Landtag sprechen können. Menschen, die in Gewerkschaften und Betrieben, Bewegungen und Initiativen aktiv arbeiten und dort gut verankert sind, würden unsere Landesliste einzigartig machen. Bitte berücksichtigt AktivistInnen von SEEBRÜCKE, aus der Klimagerechtigkeitsbewegung, aus der Erwerbslosenbewegung, aus der MieterInnenbewegung, von der Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser“ oder aus der Gewerkschaftsarbeit. Gemeint sind auch Feministinnen, VertreterInnen der Queers und Aktive aus migrantischen Zusammenhängen. Es gibt viele aktive Mitglieder unserer Partei, die diese Bedingung erfüllen.

Auch glaubwürdige KandidatInnen, die (bislang) nicht Mitglied der Partei DIE LINKE sind, sollten aufgestellt werden, wenn sie die von uns im Landtagswahlprogramm erhobenen Forderungen offensiv mit uns vertreten und bereit sind ihre parlamentarische Arbeit auch in der Partei zur Diskussion zu stellen.

Wir gewinnen damit Verankerung und Authentizität.

Begründung: Mündlich

Antragsnummer: 11.10.	AS: KV Mettmann	Thema: Kurzwahlprogramm I
angenommen	abgelehnt	

Antrag: **Abstimmung Kurzwahlprogramm**

Es wird beantragt, dass das zu erstellende Kurzwahlprogramm demokratisch legitimiert wird, indem den Delegierten sowohl Zeit für Änderungsanträgen eingeräumt wird, als auch eine Abstimmung erfolgt.

Begründung:

DIE LINKE ist eine demokratische Partei.

Antragsnummer: 11.11.	AS: KV Düsseldorf	Thema: Kurzwahlprogramm II
angenommen	abgelehnt	

Antragstellerin: DIE LINKE Kreisverband Düsseldorf

*„Der Landesparteitag beauftragt die Mitglieder der Antragskommission, auf Grundlage des auf dem Landesparteitag 3.-5. Dezember 2021 beschlossenen Wahlprogramms im Nachgang einen Entwurf für ein **Kurzwahlprogramm** in einer für „die Frau und den Mann auf der Straße“ leicht verständlichen Sprache zu erarbeiten, welches auf dem **nächstfolgenden Landesrat oder Landesparteitag** zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen ist.“*

**Begründung:**

Zum einen erfasst das zu beschließende Wahlprogramm in seiner Langform so viel unserer analytischen Einschätzungen und zu stellenden Forderungen, dass es zwar den „im politischen Geschäft“ Bewanderten

die politische Veränderungskompetenz unserer Partei und unseres Landesverbandes vermitteln kann, den „normalen Menschen“ am Infostand, im Bekannten- und Freundeskreis jedoch überfordern dürfte.

Ohnehin mit der Textlänge: der vorliegende Entwurf mit 120 Seiten dürfte kaum von unseren potenziellen Wähler\*innen zur und vor ihrer Wahlentscheidung gelesen werden.

Aber auch mit der häufig anzutreffenden „Politexperten“-Sprache dürften wir ihre Wahlentscheidungen in der nötigen Breite kaum befördern. Beispiele aus dem vorliegenden Entwurf: Altschuldenfonds, Krankenhausgesellschaft, Deregulierung, Flexibilisierung, Prekarisierung, öffentliche Daseinsvorsorge, Einsatz digitaler Plattformen ...?

Zum anderen kam in unseren Wahlkampfauswertungen immer wieder zur Sprache, dass für unsere programmatische Wähler\*innen-Ansprache eigentlich nur dem Kurzwahlprogramm Bedeutung zukam.

Insofern also mit dem Kurzwahlprogramm politische Schwerpunkte für den Wahlkampf gesetzt werden, dann fordert dies, gerade im gegenwärtigen Stimmungszustand unseres Landesverbandes, eine im innerparteilichen Demokratieprozess zusätzliche Legitimierung: Die Beschlussfassung auf einer weiteren Delegiertenversammlung auf Landesebene.

Antragsnummer: 11.12.	AS: KV Mettmann	Thema: Programm
angenommen	abgelehnt	

**Antrag: Barrierefreies Programm**

Der Landesparteitag beschließt, dass mindestens das Kurzwahlprogramm für die Landtagswahl 2022, dass online zu finden ist, barrierefreie Versionen enthält. Dies meint mindestens ein Programm in leichter Sprache, eine Hörversion, eine Version in Gebärdensprache und ein Programm in großer Schrift. Langfristig sollten alle Materialien in weiteren Versionen und auch anderen Sprachen auffindbar sein.

Begründung:

Um die demokratische Mitbestimmung zu fördern müssen wir unser Programm so vielen Menschen wie möglich zugänglich machen. Gerade im Zeichen der Inklusion sollten Menschen mit Einschränkungen nicht länger zurückgelassen werden. DIE LINKE, die sich als einzige Partei ohne Kompromisse für Inklusion einsetzt sollte auch bei der Gestaltung ihrer Materialien Vorbild sein.

Antragsnummer: 11.13.	AS: KV Solingen/Remscheid	Thema: Begleitguppe
angenommen	abgelehnt	

Antrag an den Landesparteitag

Einrichtung einer Begleitgruppe zur Wahlkampagne 2022

Antragsteller: Vorstände der Kreisverbände Solingen und Remscheid

Der Landesverband beruft eine Begleitgruppe zur Wahlkampagne 2022 ein, die die Ausgestaltung der Wahlkampagne zur Landtagswahl 2022 begleitet. Alle Kreisverbände werden eingeladen,

Delegierte in diese zu entsenden.

Der Landesvorstand organisiert, dass bereits am Randes Landesparteitages mit Interessierten ein erster Termin der Begleitgruppe vereinbart wird.

Begründung:

Wie im Antrag „TOP Wahlkampagne Landtagswahl 2022“ geschildert halten wir eine von der Mitgliedschaft getragene Wahlkampagne für wünschenswert. Dazu soll neben der Diskussion der Kernaussagen auf dem Landesparteitag auch die weitere Ausgestaltung in einem, mehr Mitglieder einbindenden Gremium diskutiert werden.

Antragsnummer: 11.14.	AS: KV Duisburg	Thema: Verteilung WKZ
angenommen	abgelehnt	

### **Verteilung Wahlkampfzeitung**

#### **Der Landesparteitag DIE LINKE. NRW möge beschließen:**

Der Landesvorstand wird beauftragt, die Wahlkampfzeitung zur Landtagswahl in großer Stückzahl direkt über eine Firma in ganz NRW verteilen zu lassen.

#### Alternativen und Vorschläge

- Alternativ auch Reduzierung der Auflage und dafür mehr in Social Media und Internetwerbung investieren.
- Ggf. diesen Antrag für anderes Wahlkampfmaterial wie Kurzwahlprogramme, Flyer, etc. übernehmen.

#### **Begründung:**

In Duisburg haben wir sehr oft große Stückzahlen der Wahlkampfzeitungen nicht verteilt bekommen und mussten diese Zeitungen entsorgen. Aus anderen Kreisverbänden haben wir diesen Umstand ebenfalls mitgeteilt bekommen. Daher sind wir in unserem Kreisverband seit 2020 dazu übergegangen, unsere Publikationen und auch die letzte Bundestagswahlkampfzeitung 2021 über Verteilfirmen im Stadtgebiet verteilen zu lassen. Sodass wir für unsere Wahlkampfinstände und punktuelle Aktionen noch ausreichend Zeitungen zur Verfügung hatten und nichts mehr in den Papiermüll wandern musste. Auch andere Kreisverbände handhaben dies bereits so. In der Fläche schaffen auch wir als größerer Kreisverband es nicht mehr, die Masse an Zeitungen zu verteilen. Auch die Mitglieder sind hierzu immer schwieriger zu mobilisieren und zu motivieren, zumal in Wahlkampfzeiten auch andere Aktivitäten und Verteilaktionen stattfinden.

Da große Direktmarketingfirmen ihre Preise nach Verteilstückzahlen kalkulieren, je größer die Stückzahl, umso niedriger der Preis, würde das den Landesverband weniger kosten, als wenn die einzelnen Kreisverbände die Verteilung allein organisieren müssen.

Antragsnummer: 11.15.	AS: KV Duisburg	Thema: Plakatierung
angenommen	abgelehnt	

**Der Landesparteitag DIE LINKE. NRW möge beschließen:**

Der Landesvorstand wird beauftragt, sich mit dem Thema Plakatierung und deren Reduzierung im Wahlkampf auseinanderzusetzen und stattdessen Alternativen zur klassischen Plakatwerbung zu erarbeiten und durchzuführen.

Alternativen und Vorschläge:

- Weniger ist mehr: Die A0 Plakate sind gut bei der Wählerschaft und den Mitgliedern angekommen. Weiterhin sind diese gut sichtbar und für große Kreuzungen, etc., sehr geeignet. Hier also lieber ein paar mehr A0 Plakate für alle Kreisverbände, als zig Hunderte A1 Plakate, die entweder nicht abgeholt werden, oder nicht aufgehängt werden.
- Von anderen Parteien lernen: Auch aus, wenn auch vorgeschobenen, Umweltschutzgründen verzichten immer mehr Parteien ganz auf Plakate, oder setzen auf umweltfreundliche Plakate (Vordermannplakate aus Recycling-Papier, etc.)
- Mehr Großflächenplakate als bisher einsetzen, die ebenfalls sichtbarer und oft an wichtigen prominenten Stellen aufgestellt sind.
- Weitere Werbeflächen wie z.B. Litfaßsäulen in Betracht ziehen, die wir nutzen sollten.
- Social Media Kampagne über professionelle Agentur für alle Kreisverbände durchführen.
- Ggf. Zeitungsanzeigen schalten und/oder auch Internet-Anzeigen (Lokale Zeitungen/Seiten, etc.)

**Begründung:**

Je nach Kreisverbandsgröße ist die Zuteilung der Menge von Themenplakaten schon enorm genug. Hinzu kommen i.d.R. je nach Kreisverband noch die Personenplakate der Direktkandidat:innen. Selbst als größerer Kreisverband wird es immer schwieriger in der erlaubten Plakatierungszeit die Plakate auch in kurzer Zeit aufzuhängen und nach einer Wahl auch wieder fristgerecht abzunehmen, da die Anzahl der aktiven, motivierbaren und mobilisierbaren Mitglieder gesunken ist. Die Masse ist nicht mehr in angemessener Zeit, zumal andere Wahlkampfaktivitäten parallel stattfinden, zu stemmen und es noch andere Wahlkampfmaterialien gibt, die verteilt werden müssen. Aus anderen Kreisverbänden, gerade aus den ländlichen Kreisen, ist uns ähnliches noch drastischer bekannt und die Mitglieder schaffen die Arbeit nicht mehr.

Nicht zuletzt wurde das Thema Umweltschutz nicht nur in der Wähler-, sondern auch in der Mitgliedschaft sehr oft angesprochen (Hohlkammerplakate).

Wir sind der Meinung, dass die Formen des klassischen Wahlkampfes dringend einer zeitgemäßen Überarbeitung bedarf und wir zusätzliche andere Ideen finden müssen. Unsere Energien müssen wir im Wahlkampf gezielter und schonender einsetzen.

## 5. Anträge mit überwiegend innerparteilichen Bezug

Antragsnummer: 11.16.	AS: KV Duisburg	Thema: Informationsheft
angenommen	abgelehnt	

Der Landesparteitag möge beschließen, den neuen Landesvorstand zu beauftragen, spätestens zu den Landtagswahlen 2017, und nachfolgenden Wahlen, ein Informationsheft (Reader) herauszubringen, der grundlegende Informationen zur politischen Mitbestimmung enthält. Angefangen von der kommunalen Ebene, über das Land hin zum Bund, welche Entscheidungen in den einzelnen Ebenen überhaupt möglich sind, wie die Kompetenzen verteilt sind und wer die Partei DIE LINKE ist, welche Ziele sie verfolgt und warum es sich lohnt, sich in der Partei zu engagieren. Dieser Reader sollte zunächst in einfacher deutscher Sprache erstellt werden und dann in folgenden Sprachen zur Verfügung gestellt werden: Englisch, Französisch, Arabisch, Rumänisch, Bulgarisch, Türkisch, Kurdisch, Russisch und ggfs. anderen Sprachen

### Begründung:

In unserer Mitgliedschaft kam über die Jahre öfter die Forderung auf, grundlegende Informationen über unsere Partei auch in anderen Sprachen zur Verfügung zu stellen, bis hin zu der Forderung, Artikel in unserer kommunalen Parteizeitung in Duisburg, den Standpunkt, z.B. auf türkisch oder arabisch abzudrucken. Hierzu haben wir auf einer Mitgliederversammlung diskutiert, dass Sprache auch immer ausgrenzende Elemente beinhaltet und eine Barriere darstellt und sich prinzipiell viele Menschen ausgegrenzt fühlen können aus verschiedensten Gründen und es somit schwierig ist, in einer Stadt mit mehr als 140 Herkunftsnationen und noch viel mehr Sprachen, einzelne Sprachen vermeintlich zu bevorzugen und andere evtl. zu vernachlässigen. Fakt ist: Diese Informationen werden oft in anderen Sprachen angefragt.

Weitere Erfahrungswerte, z.B. von durchgeführten Infotischen und Veranstaltungen, legen weiterhin nahe, dass es nicht nur MigrantInnen sind, die Sprachhemmnisse mitbringen, sondern auch in der gesamten Bevölkerung, womit explizit auch Deutsche eingeschlossen sind, Verständnisprobleme vorliegen, die letztendlich auch in einem stark ausgeprägten Demokratiedefizit einmünden, weil oftmals die grundlegendsten Kenntnisse über unser politisches System sehr oft nicht oder kaum vorhanden sind. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

Unser Antrag möchte als Endergebnis einen ca. 12-16 seitige Informationsbroschüre sehen, in denen in niedrigschwelliger einfacher Sprache unser politisches System beschrieben wird, von der kommunalen, über die Länder-, hin zur Bundesebene und deren Kompetenzverteilung und Entscheidungsgremien, und dieses dann verknüpft sehen mit der Rolle die DIE LINKE einnimmt, welches unsere Ziele sind und wo und wie wir uns engagieren. Diese Broschüre soll dann in den genannten Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Arabisch, Rumänisch, Bulgarisch, Türkisch, Kurdisch, Russisch, Polnisch und Romani und ggfs. anderen Sprachen herausgebracht werden. Dieses Informationsheft würde unsere Arbeit in den Kreis- und Ortsverbänden erheblich vereinfachen, wenn man lesenswerte Inhalte präsentieren kann, die man den InteressentInnen mit an die Hand geben kann.

Antragsnummer: 11.16.1.	AS: KV Mettmann	Thema: ÄA
angenommen	abgelehnt	

Antrag: **Änderung „Der ewige Antrag“**

Alt:

Der Landesparteitag möge beschließen, den neuen Landesvorstand zu beauftragen, spätestens zu den Landtagswahlen 2017, und nachfolgenden Wahlen, ein Informationsheft (Reader) herauszubringen, der grundlegende Informationen zur politischen Mitbestimmung enthält. Angefangen von der kommunalen Ebene, über das Land hin zum Bund, welche Entscheidungen in den einzelnen Ebenen überhaupt möglich sind, wie die Kompetenzen verteilt sind und wer die Partei DIE LINKE ist, welche Ziele sie verfolgt und warum es sich lohnt, sich in der Partei zu engagieren. Dieser Reader sollte zunächst in einfacher deutscher Sprache erstellt werden und dann in folgenden Sprachen zur Verfügung gestellt werden: Englisch, Französisch, Arabisch, Rumänisch, Bulgarisch, Türkisch, Kurdisch, Russisch und ggfs. anderen Sprachen

Neu:

Der Landesparteitag möge beschließen, den ~~neuen~~ Landesvorstand zu beauftragen, spätestens zu den ~~Landtagswahlen 2017, und~~ nachfolgenden Wahlen, ein Informationsheft (~~Reader~~) herauszubringen, das grundlegende Informationen zur politischen Mitbestimmung enthält. Angefangen von der kommunalen Ebene, über das Land hin zum Bund, welche Entscheidungen in den einzelnen Ebenen überhaupt möglich sind, wie die Kompetenzen verteilt sind und wer die Partei DIE LINKE ist, welche Ziele sie verfolgt und warum es sich lohnt, sich in der Partei zu engagieren. ~~Dieser Reader sollte zunächst in einfacher deutscher Sprache erstellt werden und dann in folgenden Sprachen zur Verfügung gestellt werden: Englisch, Französisch, Arabisch, Rumänisch, Bulgarisch, Türkisch, Kurdisch, Russisch und ggfs. anderen Sprachen~~

Dieses Informationsheft sollte sich am „Roten Ordner“ aus der PDS orientieren und im Zeichen der Digitalisierung und wegen Ressourcen schonenden Gründen online zur Verfügung stehen. Somit schafft man außerdem eine größere Reichweite und aktiviert Menschen sich in der Partei aktiv zu werden. Er sollte in einfacher Sprache, jedoch auch nach und nach in weiteren Fremdsprachen erstellt werden.

Begründung:

Durch den Onlinezugriff schaffen wir eine höhere Reichweite, sparen Ressourcen und setzen die Hemmschwelle bei der Informationsbeschaffung herunter.

Antragsnummer: 11.17.	AS: KV Mettmann	Thema: Beteiligungssoftware
angenommen	abgelehnt	

Antrag: **Beteiligungssoftware zur Mitgestaltung von Anträgen**

Der Landesparteitag beschließt, dass den Kreisverbänden ab dem nächsten Parteitag eine Software zur Verfügung gestellt wird (auch „Pad“ genannt), wie z.B. „CONSUL“, durch die Antragsentwürfe gemeinsam online bearbeitet werden können. Der Link zu den Anträgen wird den Delegierten vorab zur Verfügung gestellt.

## Begründung:

Der erste Grund, der für diesen Antrag spricht ist, dass Digitalisierung nicht nur im Wahlprogramm als wichtiges Thema aufgestellt, sondern auch in der eigenen Partei gelebt werden sollte. Über Beteiligungssoftwares kann zudem verhindert werden, dass viele kleine Änderungsanträge auf Parteitag gestellt werden, die den Antragsteller\*innen auch im Vorhinein vorgeschlagen werden könnten. Zusätzlich schafft eine solche Arbeitsweise Transparenz und bietet interessierten Mitgliedern die Möglichkeit sich an der Bearbeitung zu beteiligen. Damit stärken wir die LINKE als Mitgliederpartei.

Antragsnummer: 11.18.	AS: AKL	Thema: Programm verteidigen
angenommen	abgelehnt	

## Programm und Partei verteidigen

### Der Parteitag möge beschließen

1. DIE LINKE. NRW bekräftigt die Grundsätze unserer Partei im Bereich Internationalismus, Migration und Integration sowie im Kampf gegen Diskriminierung von Minderheiten und die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen sozialen Bewegungen - wie im Erfurter Programm beschlossen.

Unsere Partei tritt allen Bestrebungen entgegen

die Nation und eine Leitkultur in den Fokus unserer Politik zu rücken,

MigrantInnen zu Sündenböcken für politisches Versagen von Regierungen zu machen,

unterdrückte und diskriminierte Gruppen der Gesellschaft zu „skurilen Minderheiten, die einen Opferstatus pflegen“ zu erklären,

die Lohnabhängigen zu spalten und

fortschrittlichen sozialen Bewegungen wie SEEBRÜCKE, Black Lives Matter, Ende Gelände, feministischen Gruppen oder Fridays For Future die guten Absichten abzusprechen.

Wir sehen solche spaltenden Positionen in scharfem Gegensatz zu unserer Programmatik und zu linker Politik überhaupt. Vielmehr werden hier rechte Zerrbilder der Gesellschaft bedient.

2. Wir erwarten von Mandats- und Funktionsträger\*innen, dass sie für das Programm der Partei eintreten und sich mit einer verbindenden Klassenpolitik für die Interessen der Arbeiter\*innenklasse einsetzen. Äußerungen von führenden Parteivertreter\*innen, die eine deutliche Abkehr von unserer Programmatik bedeuten, widersprechen wir. Um unser Parteiprogramm und unsere linke Partei nach innen und nach außen zu verteidigen, erwarten wir, dass die gewählten Vorstände unserer Partei, allen voran unser Landesvorstand, ebenso verfahren und klar Stellung gegen parteischädigende und spaltende Äußerungen beziehen.

3. Wir fordern den Landesvorstand auf, auf Funktions- und Mandatsträger\*innen, die öffentlich grundlegende programmatische Inhalte negieren, einzuwirken, damit das zukünftig unterbleibt.

4. Mandatsträger\*innen sind zu einer besonderen Loyalität gegenüber Programm und Partei verpflichtet. Mandatsträger\*innen, die in einer breiten Öffentlichkeit wiederholt nicht das Programm unserer Partei vertreten, fordern wir auf ihr Mandat zurückzugeben.

Wir kämpfen mit der ganzen Klasse und nicht (bevorzugt) mit Teilen davon. Die Kämpfe um soziale Sicherheit, bezahlbare Wohnungen und auskömmliche Löhne verbinden wir mit den Kämpfen gegen den Klimawandel und die Umweltzerstörung ebenso wie mit den Kämpfen gegen Unterdrückung und

Benachteiligung von Frauen, Migrant\*innen, queeren Menschen. Wir sehen hier keine antagonistischen Gegensätze und keine Nebenwidersprüche, sondern sich gegenseitig befruchtende Kämpfe für eine Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Wir praktizieren eine verbindende Klassenpolitik.

Begründung:

Links sein heißt, für die umfassende Befreiung der Menschen einzutreten, für die Befreiung von Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung in jeglicher Form. Das geht nur durch die Einheit der lohnabhängigen Klasse und ist im Kern eine „soziale Frage“. Untrennbar damit verbunden ist allerdings die Verteidigung der Menschen unserer Klasse, die besonders unterdrückt ist, wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität oder Orientierung. Die soziale Befreiung ist nicht vom Kampf gegen spezifische Unterdrückung zu trennen.

In der gegenwärtigen Krise offenbaren sich die herrschenden Klassenverhältnisse überdeutlich. Die Multimillionär\*innen und Milliardär\*innen der Handels-, Auto-, Rüstungs- und Technologie-Industrie heimsen in der Corona Krise große Profite ein, während die Regierenden versuchen die immensen Kosten der Krise auf die Lohnabhängigen abzuwälzen. Die kapitalistische Produktionsweise führt zu irreparablen Umweltschäden, aber die Industrienationen sind nicht bereit, ihr Geschäftsmodell zu ändern. In dieser Situation ist es gerade in NRW eine dringende politische Notwendigkeit, die Energiewende voranzutreiben. Sie muss genutzt werden, um den RWE-Konzern als größten europäischen Klimagasverursacher gemäß Artikel 27 Abs. 1 & 2 der Landesverfassung in Gemeineigentum zu überführen. Diese Forderung wird unüberhörbar von der Klimagerechtigkeitsbewegung erhoben und muss von der LINKEN unterstützt werden.

Der Klasse der Herrschenden, den Krisengewinner\*innen und Milliardär\*innen steht die Klasse der Vielen gegenüber: die Arbeiter\*innenklasse, das Proletariat, das Prekariat, die 99 Prozent. Eine Klasse von Lohnabhängigen, bestehend aus Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen, die wirtschaftlich und sozial mehr oder weniger gut auf verschiedene Ressourcen zugreifen können oder auch nahezu gar nicht, die aber dennoch grundlegende gemeinsame Interessen haben. Sie alle wollen sinnstiftend arbeiten und in einer intakten natürlichen Umwelt, in sozialer Sicherheit und Freiheit leben. Große Teile Arbeiter\*innenklasse unterliegen mehrfacher Unterdrückung und verschärfter Ausbeutung, weil sie z.B. Frauen, Migrant\*innen, People of Colour, queere Menschen oder Angehörige anderer Minderheiten sind.

Die Landesschiedskommission hat im PAV gegen Sahra Wagenknecht anerkannt, dass deren Positionen zu linkem Internationalismus, in der Migrationspolitik, zu besonders von Unterdrückung und Diskriminierung betroffenen gesellschaftlichen Gruppen und zur abschätzigen Bewertung fortschrittlicher sozialer Bewegungen im Gegensatz zu den programmatischen Positionen unserer Partei stehen. Die LschK hat dazu ausgeführt, dass ein öffentlicher Widerspruch der Vorstände der Partei hier geboten gewesen wäre.

Wörtlich heißt es:

*„Wie viele Rechtspopulisten auch unterstellt die Antragsgegnerin breiten Teilen der LINKEN, ihr Lebensstil sei durch ein Distinktionsbedürfnis motiviert und nicht durch gute Argumente begründet. Letztlich ginge es ihnen nur um die „Selbstzufriedenheit des moralisch Überlegenen“. Dadurch werden die Kritisierten als besonders unsympathische Heuchler charakterisiert, denen die sozialen Probleme der unterprivilegierten Schichten letztlich gleichgültig sein. Die Antragsgegnerin spricht ihnen praktisch alle positiven Eigenschaften ab, die politisch links orientierte Menschen idealtypisch für sich in Anspruch nehmen und die für die linke Politik stehen: Solidarität, Empathie, Gleichberechtigung und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Sie diskreditiert jede Person, welche die von ihr bevorzugte traditionelle Vorstellungen vom „Linkssein“ infrage stellt, als „selbstgerecht“. In der Diktion ihres Buches sind die von ihr so genannten „Linksliberalen“ auch schuld daran, dass der Kampf gegen soziale Ungleichheit misslingt, dass die Migrationspolitik scheitert und dass es einen gesellschaftlichen Rechtsruck gibt. Die auf diese abfällige Weise kritisierten Parteimitglieder müssen es sich nicht gefallen lassen, dass ein derartiges Bild von ihnen gezeichnet und sehr öffentlichkeitswirksam verbreitet wird. Die Partei insgesamt muss es nicht hinnehmen, dass die*

*Antragsgegnerin ihr gerade ihre Kernkompetenz abspricht, nämlich sich ausreichend intensiv genug um die soziale Frage zu kümmern.“*

Und weiter:

*„In der vorstehenden Begründung wurde wiederholt betont, dass sich die Partei das illoyale und unsolidarische Verhalten der Antragsgegnerin nicht gefallen lassen muss. Tatsache ist aber, dass weite Teile der Partei und insbesondere die Parteiführung sich dieses Verhalten gefallen lassen. Denn eine Zurechtweisung der Antragsgegnerin erfolgte bislang nicht. Die Auseinandersetzungen um die abweichenden und oft provokativ vorgetragenen Ansichten der Antragsgegnerin sind nicht neu, sondern existieren seit Jahren. ...*

*Die Reaktionen der verschiedenen Parteiführungen auf die innerparteilichen Streitigkeiten erfolgten und erfolgen nach immer dem gleichen Ritual: Der Parteivorstand ruft zur Mäßigung auf und fordert dazu auf, die Konflikte konsensual zu lösen. Zwar ist es richtig, dass inhaltliche Konflikte nicht durch Parteiausschlüsse, sondern konsensual zu klären sind (Ipsen § 10 Rdnr. 31; Trautmann S. 201). Allerdings findet in der Partei DIE LINKE genau diese Klärung nicht statt, und auch diese Situation dauert nun schon mehrere Jahre.*

*Die gewählten Organe der Partei kommen ihrer Pflicht, den dazu erforderlichen Diskurs zu organisieren, nicht nach. Eindeutige Richtungsentscheidungen zu den umstrittenen Positionen werden ebenfalls nicht getroffen, bzw. deren Ermöglichung organisiert. Die Antragsgegnerin hat über lange Zeiträume hinweg und mit erheblicher medialer Wirkung die Grundsätze der Partei angegriffen, ohne dass eine adäquate Reaktion erfolgte. Spätestens nachdem das vorliegende Parteiausschlussverfahren eingeleitet wurde, wäre es angebracht gewesen, dass der Parteivorstand die inhaltlichen Positionen des Parteiprogramms gegen die Angriffe der Antragsgegnerin verteidigt – umso mehr vor einer Bundestagswahl.*

*Da vorliegend der wesentliche, zu der Annahme von Grundsatzverstößen führende Vorwurf gegen die Antragsgegnerin darin besteht, dass sie ihre Thesen in illoyaler, unsolidarisch, herablassend und diffamierend empfundenen Art und Weise verbreitet, hätten die von der Antragsgegnerin kritisierten Parteimitglieder, Betroffenen und Interessenvertreter von der Partei erwarten dürfen, dass sie die scharfen Äußerungen und Etikettierungen in den „Selbstgerechten“ zurückweist und die so Kritisierten vor Diffamierung und Herabsetzung in Schutz nimmt. Stattdessen ließen sich Mitglieder der Parteivorstände auf Bundes- und Landesebene wie auch viele andere führende Genossen mit wenig hilfreichen Äußerungen zum vorliegenden Verfahren vernehmen.*

*So kritisierten die beiden Bundesvorsitzenden laut FAZ Online vom 15.6.2021 das Parteiausschlussverfahren mit der Bemerkung „Es gibt einige Differenzen innerhalb unserer Partei. Die können wir diskutieren.“ Gregor Gysi wird am 14.6.2021 von der Frankfurter Rundschau mit der Bemerkung zitiert, das Ausschlussverfahren sei „völlig daneben“. Kritik dürfe immer geübt werden und müsse immer ausgehalten werden. Dabei hatte Gregor Gysi bereits 2018 im Zusammenhang mit der von der Antragsgegnerin mit initiierten Bewegung „Aufstehen“ geäußert: „Ich glaube, Sahra muss ihre Rolle in der Partei für sich neu definieren.“ ((n-tv vom 16.2.2019). Dies zeigt exemplarisch, dass zwar einerseits mit einer gewissen Regelmäßigkeit immer wieder der innerparteiliche Dialog gefordert wird, insbesondere, sobald in der Öffentlichkeit kontrovers über die Ansichten der Antragsgegnerin diskutiert wird, andererseits aber dieser Dialog nie wirklich stattfindet und auch keine Grundsatzentscheidungen erfolgen, welche die programmatisch formulierten Grundsätze verändern.*

*Diese Unentschlossenheit und der dadurch verursachte Eindruck, der Partei sei die Maximierung ihrer Wählerstimmen wichtiger als die Durchsetzung ihrer programmatischen Ziele, beschädigt erheblich die Glaubwürdigkeit der Partei. Wähler können – offenbar zu Recht - nicht darauf vertrauen, dass die Partei ihre im Programm niedergelegten inhaltlichen Positionen auch offensiv vertritt. Vielmehr geben die Stellungnahmen der Parteiführungen etc. denjenigen Wählern, die mit dem im Programm enthaltenen Aussagen übereinstimmen, das Signal, diese Grundsätze könnten geopfert werden, um weitere Auseinandersetzungen innerhalb der Partei zu vermeiden. Durch dieses Verhalten stößt die Partei nicht nur diejenigen Wähler ab, die sich eine klare Abgrenzung von den Thesen der Antragsgegnerin wünschen, sondern letztlich auch diejenigen, die die Ansichten der Antragsgegnerin unterstützen, sowie all jene, die keiner Seite zuzurechnen sind, von der Partei aber eine Klärung der umstrittenen Punkte erwarten. Gemessen an der Wählerzustimmung haben die verantwortlichen Vorstände durch Untätigkeit den Schaden möglicherweise vergrößert. Verstärkend kommt hinzu, dass diejenigen Wählergruppen, die sich von der*

*zugespitzten und teilweise aggressiv wirkenden Wortwahl der Antragsgegnerin angegriffen fühlen müssen, von der Partei keineswegs ausreichend gegen die Antragsgegnerin verteidigt werden.“*

Auch unser Landesvorstand hat den programmwidrigen Thesen von Sahra Wagenknecht nicht widersprochen und sich nicht an die Seite der von ihre beschimpften und herabgewürdigten GenossInnen gestellt. das darf nicht mehr passieren.

Antragsnummer: 11.19.	AS: KV siehe Aufzählung	Thema: Zentrumspartei
angenommen	abgelehnt	

Antragsteller\*innen: Felix Ahls (KV Wesel), Jürgen Aust (KV Duisburg), Edith Bartelmus Scholich (LPT-Delegierte LAG Tierschutz, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. NRW), Rena Beese (KV Dortmund), Helmut Born (KV Düsseldorf), Carl Deußen (Sprecher AG DIE LINKE.queer Köln), DIE LINKE. Kreisvorstand Mülheim/Ruhr, DIE LINKE. Kreisvorstand Oberhausen, Otto Ersching (Sprecher DIE LINKE. Lüdenscheid), Jens Feldmann (Kreissprecher DIE LINKE. Münster), Inge Höger (Sprecherin DIE LINKE Kreisverband Herford, LPT-Delegierte), Detlev Fuhg (Sprecher DIE LINKE. Dinslaken, KV Wesel), Patrick Gawliczek (Kreissprecher DIE LINKE. Herne), Katharina Geuking (LPT-Delegierte, KV Münster), Michaelae Gincel-Reinhardt (Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. NRW, KV Mettmann), Patrick C. Haas (KV Rhein-Sieg), Thomas Hovestadt (KV Rhein-Kreis Neuss), Dirk Jakob (Geschäftsführer DIE LINKE. KV Siegen-Wittgenstein), Daniel Kerekes (Kreissprecher DIE LINKE. Essen), Helen Klee (Stellv. Kreissprecherin DIE LINKE. Duisburg), LAG Bewegungslinke NRW, Sprecherinnenrat LAG LISA NRW, LAG DIE LINKE.queer NRW, Frank Laubenburg (Bundessprecher DIE LINKE.queer, LPT-Delegierter), Gabi Lenkenhoff (LPT-Delegierte LAG LISA, KV Bochum), Claus Ludwig (KV Köln), André Pascal Maddock (KV Mülheim), Sefika Minte (LPT-Delegierte, KV Oberhausen), Andrea Mobini (Landessprecherin LAG DIE LINKE.queer NRW), Niema Movassat (Mitglied im Parteivorstand), Mirja Lisa Nicolas (KV Dortmund), Dr. Jasper Prigge (KV Düsseldorf), Dr. Bastian Reichardt (Sprecher DIE LINKE. Königswinter), Marc Scheffler (Landessprecher LAG DIE LINKE.queer NRW), Olaf Scholz (Sprecher DIE LINKE. Kreis Euskirchen, Mitglied im KoKreis Bewegungslinke NRW), Jan Siebert (KV Dortmund), Hannah Stecker (KV Mülheim), Sascha H. Wagner (Sprecher DIE LINKE. Kreisverband Wesel), Roland Wiegel (Schatzmeister\*in SDS NRW, Sprecher\*in DIE LINKE. Kreis Siegen-Wittgenstein)

Holocaustrelativierung und „Lebensschutz“bewegung  
politisch bekämpfen

DIE LINKE.NRW kämpft für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und gegen die Relativierung des Holocaust. Für die Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a Strafgesetzbuch setzt sich DIE LINKE.NRW ebenso entschieden ein wie für eine antifaschistische Politik. Die sogenannte Lebensschutzbewegung und ihr zuzurechnende Organisationen sind politische Gegner:innen.

Eine Zusammenarbeit mit politischen Kräften, die diesen Grundsätzen diametral entgegenstehen, schließt DIE LINKE.NRW für alle Gliederungen der Partei ebenso aus wie für Faktionen und Gruppen auf kommunaler Ebene. Vor diesem Hintergrund ist auch eine Zusammenarbeit mit der „Zentrumspartei“ nicht vereinbar mit den Grundsätzen der Partei DIE LINKE.

Der Landesvorstand von DIE LINKE.NRW ist aufgefordert, sich aktiv für eine Ende bzw. Nicht Zustandekommen solcher Kooperationen einzusetzen und, falls dies nicht gelingt, bei der Landesschiedskommissionen den Ausschluss von Parteimitgliedern zu beantragen, die solche

Kooperationen betreiben. Beschäftigungsverhältnisse mit Personen, die mit der Zentrumsparterie kooperieren, sind mit Verweis auf den Tendenzschutz zu beenden, wenn die Kooperation nicht innerhalb eines Monats nach diesem Beschluss beendet wird.

Begründung und Infos:

Die Zentrumsparterie relativiert den Holocaust, bekämpft das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und betreibt eine antikommunistische Politik. Die Zentrumsparterie ist eine rechts-konservative Partei, die unter anderem für eine Aufhebung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und gegen Sexuaufklärung eintritt. Sie ist aktiv in der sogenannten Lebensrechts-Bewegung und gehört zu den Mitveranstalter\*innen des „Marsch für das Leben“, an dem sich auch AfD-Politiker\*innen, Rechtsextremist\*innen und Holocaustleugner\*innen beteiligen. Eine Zusammenarbeit mit ihr, wie in Korschenbroich, wo es eine LINKE/ZENTRUM-Ratsfraktion gibt, ist inakzeptabel.

„Offenkundig als Reaktion auf die Bustour wurde dort vor wenigen Tagen ein riesiges Plakat angebracht, mit einer den Holocaust bewusst relativierenden Abbildung: Man sieht das Eingangstor zum Arbeits- und Vernichtungslager Auschwitz mit der geänderten Inschrift „Abtreibung macht frei“. Mitten auf der Scheibe prangt der Name der Buchhandlung: „Marienbuchhandlung“. Die skandalöse Abbildung, die die Buchhandlung zeigt, stammt ursprünglich von der winzigen Zentrumsparterie. Die hatte einen entsprechenden Flyer bereits vor Monaten gedruckt und verteilt.“

<https://www.belltower.news/koeln-holocaustrelativierung-durch-lebensschuetzer-49408>

Antragsnummer: 11.20.	ASsiehe Aufzählung	Thema: Transparenz
angenommen	abgelehnt	

### Transparenz herstellen!

Antragsteller:innen: DIE LINKE. Kreisvorstand Wesel, R.-D. Lange (KV Bochum), Sefika Minte (Delegierte KV Oberhausen), Thies Gleis (KV Köln, Delegierter mit beratender Stimme), Andrea Mobini (Delegierte KV Mülheim/Ruhr), Dorit Thunack (Delegierte KV Mülheim/Ruhr), Marc Scheffler (Delegierter KV Mülheim/Ruhr), Sascha H. Wagner (Delegierter KV Wesel), Louisa Zühlke (Delegierte KV Wesel), Jasmin Waldes (Delegierte KV Wesel), Sidney Lewandowski (Delegierter KV Wesel)

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Die Protokolle und Einladungen, sowie die Anträge zu Sitzungen des Landesvorstands sind parteiöffentlich über den Gremien-Info-Verteiler bzw. Informationsverteiler des Landesverbandes im Rahmen der in der GO des Landesvorstand geltenden Fristen zu versenden.
2. Die gefassten Beschlüsse des Landesvorstandes sind über den Newsletter der Landespartei bzw. über die Webseite des Landesverbandes unmittelbar nach Beschlussfassung zu veröffentlichen.

**Begründung:**

Seit Beginn der Amtszeit des derzeitigen Landesvorstands werden Einladungen, Sitzungsvorlagen und Protokolle nur noch in dem sehr eingeschränkten Einladerkreis verbreitet.

In NRW haben wir stets die gute Tradition flacher Hierarchien gepflegt und die Sitzungsvorlagen des Landesvorstands wurden auch an die Kreisvorstände, die Mitglieder des Bundesausschusses und die Sprecher:innen der innerparteilichen Zusammenschlüsse über den seinerzeit eingerichteten Gremieninfoverteiler verschickt.

Seit vielen Monaten tagt der Landesvorstand zumeist pandemiebedingt in Onlinesitzungen. Eine Teilnahme ist meist nur nach persönlicher Anmeldung möglich und die Tagesordnungen verraten zumeist nicht um welche Sachverhalte es im Detail geht. Damit ist die Beteiligungsmöglichkeit im Sinne einer parteiöffentlichen Diskussion verstärkt eingeschränkt.

Die Protokolle und Sitzungsvorlagen des Landesvorstands gehen über den in der Geschäftsordnung stark eingeschränkten Einladerkreis nicht hinaus.

Ebenso wenig erfährt man etwas über die gefassten politischen Beschlüsse des Leitungsgremiums. Die letzten Beschlüsse findet man auf der Webseite vom 12.06.2021 (siehe: <https://www.dielinke-nrw.de/start/beschluesse/> ). Da wir in den Vorbereitungen der Landtagswahlen stehen, können wir uns kaum vorstellen, das es nicht inhaltliche Beschlüsse des Landesvorstands gibt in die die Basis des Landesverbandes informiert und eingebunden werden sollte.

In der Landessatzung ist geregelt:

#### **§20 Arbeitsweise des Landesvorstands**

*(4) Der Landesvorstand ist gegenüber dem Landesparteitag rechenschaftspflichtig.*

*Über seine Beschlüsse sind der Landesrat, die Kreisverbände, die landesweiten Zusammenschlüsse und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die Mitglieder umfassend zu unterrichten.*

Dieser Rechenschaftspflicht kommt der Landesvorstand seit Monaten nicht nach.

Kreis Wesel, den 17.11.2021